LCOY Austria

Die Forderungen der Jugend

Generation of Change

CLIMATES Austria

YOUNGO
OFFICIAL YOUTH CONSTITUENCY OF THE UNFCCC

Einleitung

Sehr geehrte Entscheidungsträger*innen,

Auf der neunten Local Conference of Youth (LCOY) Austria haben rund 300 junge Teilnehmende zentrale Forderungen an die österreichische Bundesregierung formuliert. Die LCOY 2026 wurde unter dem Mandat von YOUNGO, der offiziellen Kinder- und Jugendvertretung der UNFCCC, von der Jugendklimaorganisation CliMates Austria ausgerichtet – heuer mit Unterstützung des österreichischen Jugendbiodiversitätsnetzwerks GYBN Austria und des WWF-Jugendnetzwerks Generation Earth. Die Ergebnisse dieses mehrtägigen Beteiligungsprozesses spiegeln die entschlossene Stimme der Jugend Österreichs sowie den aktuellen wissenschaftlichen Konsens wider.

Die bereits deutlich spürbaren, zunehmenden Auswirkungen der Klima- und Biodiversitätskrise sind das Ergebnis politischer Entscheidungen. Die österreichische Bundesregierung steht in der Pflicht, den Zielen des Pariser Klimaabkommens, des EU-Green-Deals sowie der 17 UN-Nachhaltigkeitsziele zu folgen.

Österreich ist mit seinem Alpenraum besonders von den Auswirkungen der Klimakrise und der Biodiversitätskrise betroffen. Mit zunehmender Erderwärmung nehmen Trockenperioden, Hitzewellen, Starkregen und Stürme an Intensität und Häufigkeit zu. Die nationale Durchschnittstemperatur lag 2025 um 2,2 °C über dem vorindustriellen Niveau und machte das Jahr zum wärmsten seit Beginn der Messaufzeichnungen.

Einleitung

Aktuellen Schätzungen zufolge ist weiterhin mit einem globalen Temperaturanstieg von 2,2 bis 3,4 °C zu rechnen, sofern die bestehenden Klimaschutzzusagen nicht deutlich nachgeschärft werden.

Laut Umweltbundesamt sinken die Treibhausgasemissionen in Österreich, jedoch nicht schnell genug: Die aktuellen Treibhausgas-Projektionen zeigen, dass Österreich sein rechtlich verbindliches EU-Ziel einer Reduktion um 48 % gegenüber 2005 in den Sektoren außerhalb des Emissionshandels bis 2030 mit den derzeitigen Maßnahmen deutlich verfehlen wird. Verschärft wird die Situation durch das seit Anfang 2021 ausstehende Klimaschutzgesetz und einen weiterhin unzureichenden Nationalen Energie- und Klimaplan. Zwar kündigt das Regierungsprogramm 2025–2029 der Koalition aus ÖVP, SPÖ und NEOS ein neues Klimagesetz an, das den Rahmen für Klimaneutralität, Klimawandelanpassung und Kreislaufwirtschaft schaffen soll, verbindliche sektorale Reduktionspfade und Emissionsbudgets bleiben jedoch weiterhin offen.

Wir, die Jugend Österreichs, leben langfristig mit den kumulativen Folgen dieser unzureichenden Klimapolitik. Für uns ist die Klimakrise eine Frage der Gerechtigkeit: Ihre Folgen treffen Menschen nicht gleichermaßen, sondern verschärfen bestehende Ungleichheiten entlang von Generation, sozialem Status, Geschlecht, geografischer Lage und politischer Teilhabe. In einer alternden Gesellschaft ist Generationengerechtigkeit daher von zentraler Bedeutung.

Einleitung

Die Jugend Österreichs fordert eine sozial-ökologische Transformation: weg von einer auf fossilen Rohstoffen und extraktivistischen Strukturen basierenden Wirtschaftsweise, hin zu einer sozial gerechten Gesellschaft, die innerhalb der planetaren Grenzen wirtschaftet und die Lebensgrundlagen heutiger und zukünftiger Generationen sichert.

Das vollständige Forderungspapier umfasst neun Themengebiete: Klima, Energie und Mobilität, Biodiversität, Wasser, Landwirtschaft und Ernährungssystem, Gesundheit, Armut und Ungleichheit, Bildung sowie Empowerment.

Klimaziele & Emissionsredu – ktion

Österreich ist im Climate Change Performance Index (CCPI) deutlich zurückgefallen. Internationale Expert*innen kritisieren insbesondere Defizite bei Klimagovernance, Verkehr, Energieeffizienz und der Umsetzung bestehender Ziele.

Die derzeitigen Maßnahmen reichen weder aus, um die Ziele des Pariser Abkommens einzuhalten, noch um die verbindlichen EU-Klimaziele für 2030 zu erreichen. Das Regierungsprogramm 2025–2029 enthält zwar wichtige Vorhaben, etwa ein neues Klimaschutzgesetz, den Ausbau erneuerbarer Energien und Investitionen in klimafreundliche Infrastruktur, entscheidend wird jedoch ihre rasche und verbindliche Umsetzung sein.

Wir verstehen Klimaschutz als Menschenrechts- und Gerechtigkeitsfrage. Eine wirksame Klimapolitik muss ökologische Tragfähigkeit, soziale Sicherheit und demokratische Teilhabe gemeinsam fördern.

Die Jugend Österreichs fordert:

- ein starkes Klimaschutzgesetz mit verbindlichen sektoralen Reduktionspfaden, jährlichen Emissionsbudgets und klaren Verantwortlichkeiten,
- den raschen Abbau klimaschädlicher Subventionen, insbesondere für fossile Energieträger,
- die gesetzliche Verankerung von Klimaverträglichkeitsprüfungen für Infrastruktur- und Investitionsentscheidungen,
- eine ressortübergreifende Klima-Governance, die alle Wirtschaftssektoren einbezieht,

Klimaziele & Emissionsredu – ktion

- die Anerkennung der internationalen Verantwortung Österreichs für Klimaanpassung, Klimafinanzierung und Schäden und Verluste (Loss and Damage),
- die Verankerung von „Klimaflüchtlingen“ im Migrationsrecht,
- ein wissenschaftsbasiertes und international abgestimmtes, verbindliches Klimagesetz, das sich an den aktuellen Erkenntnissen des IPCC, des AAR2 und des Umweltbundesamtes orientiert.

Die Ausreden, Österreich sei zu klein, um wirksame Klimapolitik zu betreiben, müssen endlich ein Ende finden. Die Regierung muss eine Vorreiterrolle einnehmen, ihren Versprechen treu bleiben und sich so an den Lebensrealitäten zukünftiger Generationen orientieren.

Energie & Mobilität

Laut dem Klimaschutzbericht 2026 gehören die Sektoren Energie und Mobilität weiterhin zu den größten Treibhausgasemittenten Österreichs. Gleichzeitig sind sie zentrale Hebel für eine sozial gerechte Transformation.
Ein zukunftsfähiges Energiesystem muss erneuerbar, naturverträglich, leistbar und resilient sein. Ebenso braucht Österreich ein Mobilitätssystem, das allen Menschen, unabhängig vom Wohnort, klimafreundliche und erschwingliche Alternativen zum privaten Auto bietet. Die notwendige Transformation in den Sektoren Energie und Mobilität reduziert die internationalen Abhängigkeiten. Besonders junge Menschen in ländlichen Regionen leiden unter unzureichenden öffentlichen Verkehrsangeboten und fehlender Infrastruktur für aktive Mobilität.

Die Jugend Österreichs fordert:

- den beschleunigten Ausbau erneuerbarer Energien unter verbindlichen, naturverträglichen Rahmenbedingungen bei gleichzeitiger Stärkung ihrer Wirtschaftlichkeit,
- die Modernisierung und Effizienzsteigerung bestehender Energieinfrastruktur,
- den sozial gerechten Ausstieg aus fossilen Energien,
- ein generelles Tempolimit von 100 km/h auf Autobahnen als sofort wirksame Klimaschutzmaßnahme,
- den Aufbau eines durchgängigen, sicheren und attraktiven Radwegenetzes sowie mehr Fahrradstraßen und Abstellanlagen,
- den Abbau fossiler Subventionen und klimaschädlicher Anreize im Verkehrsbereich,
- einen massiven Ausbau des öffentlichen Verkehrs im ländlichen Raum mit dichterer Taktung und besserer regionaler Vernetzung,

Energie & Mobilität

- leistbare Mobilität für Schüler*innen, Lehrlinge und Studierende, insbesondere durch günstige oder kostenfreie regionale und bundesweite Öffi-Tickets,
- einen leichteren Zugang zum Klimaticket, insbesondere für einkommensschwache Haushalte,
- die Weiterentwicklung von Rufbus- und Mikro-ÖV-Systemen,
- die Förderung lebenswerter, klimaangepasster Städte nach dem Prinzip der 15-Minuten-Stadt,
- die Änderung des Bundesstraßengesetzes zum Schutz der Lobau und anderer ökologisch wertvoller Naturräume vor weiteren Straßenprojekten,
- eine interdisziplinäre strategische Umweltplanung auf regionaler Ebene,
- die Verlagerung von Kurzstreckenflügen auf die Bahn sowie ein stärker integriertes europäisches Bahn- und Ticketing-System.

Solange klimafreundliche Infrastruktur nicht flächendeckend verfügbar ist, kann die Verantwortung für nachhaltiges Verhalten nicht auf Individuen abgewälzt werden. Die Politik muss zunächst die Rahmenbedingungen für klimafreundliche Entscheidungen schaffen und sich von internationalen Abhängigkeiten befreien.

Biodiversität

Die Biodiversitätskrise und die Klimakrise stehen in Österreich nicht in einem Zielkonflikt. Sowohl ein stabiles Klima als auch eine intakte Artenvielfalt schützen uns vor Naturkatastrophen, fördern unser Wohlbefinden und stärken die Resilienz natürlicher Lebensräume.
Auch die COP31 Global Implementation Targets greifen diesen Zusammenhang mit ihrem Schwerpunkt „Biodiversity in Adaptation“ auf und rücken naturbasierte Lösungen ins Zentrum der Klimaanpassung. Die österreichische Biodiversität leidet unter unserem extraktiven Wirtschaftssystem und der mangelhaften Umsetzung politischer Versprechen. Laut dem WWF-Statusbericht Biodiversität befinden sich über 80 % der EU-geschützten Arten und Lebensraumtypen in Österreich in keinem günstigen Erhaltungszustand, bei den heimischen Fließgewässern gilt dies sogar für 86 %.
Biodiversitätsverlust ist das direkte Resultat politischen Versagens und muss von der Bundesregierung konsequent bekämpft werden.

Die Jugend Österreichs fordert:

- die verstärkte Förderung kleinstrukturierter Naturräume (Stichwort Trittsteinbiotope), um der Fragmentierung natürlicher Lebensräume durch menschliche Aktivitäten entgegenzuwirken,
- den Stopp der Lobau-Autobahn: Die Lobau ist als Teil der Donauauen ein wichtiger grüner und kultureller Anker, sie erfüllt wichtige Funktionen im Hochwasserschutz, reguliert die Luft- und Wasserqualität der Stadt und bietet unzähligen Arten Lebensraum,
- verschärfte Regulierungen für umweltbelastende chemische Substanzen, die unsere Biodiversität gefährden, mit besonderem Fokus auf PFAS (per- und polyfluorierte Alkylsubstanzen),

Biodiversität

- staatlich geförderte Forschung zu umweltverträglichen Alternativen zu PFAS,
- eine einheitliche Regelung des Biodiversitätsschutzes zwischen Bund, Ländern und Regionen, sowohl für die Renaturierung verlorener Biotope als auch für den Naturschutz im Allgemeinen,
- Förderungen für Bodenentsiegelung und Renaturierung in Städten.

Die Bundesregierung hat mit der Biodiversitätsstrategie 2030+ einen vielversprechenden Plan vorgelegt. Jetzt gilt es, diesen lückenlos umzusetzen und die entsprechenden Finanzierungslücken von rund 70 % zu schließen, anstatt das Budget um rund 11 Millionen Euro jährlich zu kürzen (WWF Klimaschutz-Monitor 2026). Eine hohe Artenvielfalt bringt zahlreiche positive Folgewirkungen mit sich (Schädlingsresistenz, Erosionsschutz, erhöhte Nahrungssicherheit etc.). Biodiversität muss daher als der wirkungsvolle Hebel verstanden werden, der sie ist, und entsprechend von der Regierung in besonderem Maße geschützt und gestärkt werden.

Wasser

Wasser spielt im Umwelt- und Klimaschutz eine unabdingbare Rolle. Es ist die Lebensgrundlage für Mensch, Tier und Pflanze. Im Mittelpunkt der Wasserfrage stehen die Süßwasserbestände, das Niederschlagsverhalten und der Zustand der aquatischen Ökosysteme. Der Schutz des Wassers zählt zu den dringlichsten Aufgaben des Umweltschutzes und muss mit entsprechender politischer Priorität angegangen werden. Laut dem aktuellen Bericht des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Klima- und Umweltschutz, Regionen und Wasserwirtschaft (BMLUK) wird das Ziel der EU-Wasserrahmenrichtlinie, „einen guten ökologischen Zustand aller Gewässer bis 2027“ zu erreichen, verfehlt: Nur 43 % des Gewässernetzes erreichen diesen Zustand.

Es braucht einen Perspektivwechsel im rechtlichen Verständnis natürlicher Ökosysteme, der das gesellschaftliche Verhältnis zur Umwelt grundlegend verändert und zu einem Miteinander von Mensch und Natur beiträgt, statt die Natur lediglich als Ressource zu betrachten. Aquatische Ökosysteme müssen geschützt und, wenn überhaupt, ausschließlich nachhaltig bewirtschaftet werden.

Des Weiteren ist der Hochwasserschutz zentral, denn spätestens seit dem Hochwasserereignis im September 2024 und dessen Konsequenzen wissen wir, wie wichtig Schutz- und Präventionsmaßnahmen sind.

Die Jugend Österreichs fordert:

- eine flächendeckende Renaturierung von Flüssen und Flussauen, um aquatische Ökosysteme zu schützen und ihre Regeneration zu ermöglichen,

Wasser

- den verstärkten Ausbau von Fischaufstiegshilfen, um die Migration von Fischschwärmen zu sichern,
- die Priorisierung des Schutzes der verbliebenen aquatischen Ökosysteme über den weiteren Ausbau von Wasserkraftwerken,
- die Modernisierung bestehender Wasserkraftwerksanlagen (etwa durch verbesserte Durchgängigkeit für Wasserlebewesen) sowie den Rückbau veralteter und ungenutzter Kraftwerke,
- die konsequente und fristgerechte Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie,
- die Anerkennung einer eigenen Rechtspersönlichkeit der Donau zu ihrem Schutz und Erhalt, mit dem Recht auf ökologische Integrität, Sauberkeit und Schutz vor wirtschaftlichem Missbrauch,
- den Ausbau der urbanen und industriellen Grauwasserinfrastruktur durch gezielte Förderungen für Unternehmen – insbesondere im Bausektor können so Anreize geschaffen werden, das Grauwassermanagement nachhaltiger zu gestalten,
- für Neubauten, vor allem in urbanen Gebieten, eine verpflichtende Grauwasserinfrastruktur, die verbrauchtes Wasser aufbereitet und in den Kreislauf zurückführt,
- den Schutz des Grundwassers vor PFAS und Mikroplastik,
- die Sicherstellung hoher Abwasserreinigungsstandards.

Österreich muss sich frühzeitig auf den Rückgang der Wasserressourcen vorbereiten. Es gilt, die natürlichen Stärken gesunder aquatischer Ökosysteme zu erkennen und sie so zu erhalten, dass Mensch und Umwelt gleichermaßen davon profitieren, etwa durch geringeres Hochwasserrisiko, höhere Wasserqualität und wirksame CO_2-Senken.

Landwirtschaft & Ernährungs-system

Die Landwirtschaft ist nicht nur ein kulturelles Rückgrat Österreichs, sondern auch ein bedeutender Bestandteil unserer Wirtschaft. Ihren wertvollsten Beitrag für die Gesellschaft leistet sie jedoch durch das, was sie hervorbringt: unsere Lebensmittel. Landwirtschaft und Ernährung sind untrennbar miteinander verbunden: Was Menschen essen, beeinflusst, was angebaut und produziert wird, und was angebaut und produziert wird, beeinflusst wiederum, was Menschen essen.

Eine echte Transformation unseres Ernährungssystems erfordert daher Veränderungen auf beiden Seiten: sowohl in der Art und Weise, wie wir landwirtschaftlich produzieren, als auch in der Art und Weise, wie wir uns ernähren. Die Berichte Earth4All und Nexus identifizieren drei zentrale Hebel für eine nachhaltige Transformation des österreichischen Ernährungssystems: eine Veränderung unserer Ernährungsweisen, die Wiederherstellung der Bodengesundheit und eine Veränderung dessen, was wir landwirtschaftlich produzieren.

Das Bekenntnis der derzeitigen Bundesregierung zum Ausbau der regionalen und biologischen Landwirtschaft im Rahmen des Bio-Aktionsprogramms Österreich ist zu begrüßen. Gleichzeitig betonen wir, dass die Agrarpolitik den Wandel hin zu einer vegetarischen und veganen Ernährung aktiv unterstützen muss, anstatt zuzulassen, dass das Bio-Siegel die Klimawirkung eines hohen Konsums tierischer Produkte verschleiert.

Gleichzeitig ist die österreichische Landwirtschaft weiterhin mehrheitlich auf Pestizide angewiesen, um Erträge und Einkommen von Landwirt*innen zu sichern – obwohl diese Insektenpopulationen schädigen und gesundheitliche Risiken bergen.

Landwirtschaft & Ernährungs-system

Dies gefährdet Ökosystemleistungen, etwa die Bestäubung, von denen unsere Lebensmittelversorgung abhängt, und trägt zum Verlust der Biodiversität bei. Das Vorhaben der Bundesregierung, die Entwicklung sichererer Alternativen zu fördern, ist daher zwar zu begrüßen, reicht allein jedoch nicht aus.

Daher fordert die Jugend Österreichs, dass öffentliche Förderungen und die öffentliche Beschaffung klimaverträgliche, biodiversitätsfördernde und sozial gerechte Ernährungssysteme fördern, anstatt emissionsintensive Formen der Tierhaltung zu begünstigen.

Die Jugend Österreichs fordert:

- Förderungen für die Rinderhaltung sollen schrittweise umgeschichtet werden, um Landwirt*innen beim Übergang zu einer ökologischen pflanzlichen Landwirtschaft oder bei der Einrichtung von Tierwohl- bzw. Gnadenhöfen zu unterstützen,
- das Angebot pflanzlicher Lebensmittel in staatlichen Einrichtungen wie Schulen, Universitäten, Ministerien und weiteren öffentlichen Einrichtungen soll ausgeweitet und gesetzlich verankert werden,
- das günstigste Gericht auf jeder Speisekarte in der österreichischen Gastronomie soll pflanzenbasiert sein,
- strengere Regelungen gegen die Versiegelung von Böden sollen eingeführt werden, bei gleichzeitigen Anreizen für die Entsiegelung und die landwirtschaftliche Nachnutzung leerstehender bzw. ungenutzter Flächen,
- faire Löhne entlang der gesamten landwirtschaftlichen Wertschöpfungskette sollen gewährleistet werden,
- Gewinnmargen und Aufschläge auf Lebensmittelprodukte sollen begrenzt werden, um eine faire Preisgestaltung entlang der gesamten Wertschöpfungskette sicherzustellen,

Landwirtschaft & Ernährungs-system

- Forschung zu alternativen und innovativen landwirtschaftlichen Produktionsweisen soll verstärkt gefördert werden,
- schädliche Pestizide sollen verboten werden, um biodiversitätsreiche landwirtschaftliche Systeme zu gewährleisten, die widerstandsfähiger und langfristig nachhaltiger sind.

Alle agrarpolitischen Maßnahmen und gesetzlichen Regelungen müssen in enger Zusammenarbeit mit Landwirt*innen und Konsument*innen entwickelt werden. Insbesondere diejenigen, die von politischen Entscheidungen unmittelbar betroffen sind, müssen eine aktive Stimme bei deren Gestaltung haben. Wir erwarten von der österreichischen Bundesregierung, dem Beispiel der COP31-Präsidentschaft zu folgen, die die Transformation hin zu nachhaltigen und resilienten Ernährungssystemen ins Zentrum ihrer politischen Agenda gestellt hat. Österreichs Ernährungssicherheit hängt davon ab, dass wir jetzt entschlossen handeln.

Gesundheit

Der Dualismus von Umwelt und Mensch muss überwunden werden: Menschliche Gesundheit und eine intakte Umwelt sind untrennbar miteinander verbunden. Nur wenn das Konzept einer starken Nachhaltigkeit verfolgt wird, kann ein gesunder Planet ein gesundes Leben für alle ermöglichen.

Laut dem Nexus-Bericht leidet der österreichische Gesundheitssektor zunehmend unter den Folgen der Klimakatastrophe, etwa durch vermehrte Hospitalisierungen aufgrund von Hitze und anderen Extremwetterereignissen. Auch auf der Agenda der diesjährigen COP31 nimmt das Thema Gesundheit einen zentralen Platz ein. Im Mittelpunkt steht die Transformation der Gesundheitssysteme hin zu emissionsarmen, nachhaltigen, klimaresilienten und gerechtigkeitsorientierten Strukturen.

Die stetig steigenden Temperaturen stellen die größte klimabedingte Gefährdung der menschlichen Gesundheit dar. Oberste Priorität muss daher die Vermeidung hitzebedingter Todesfälle und Erkrankungen haben, ein Problem, das Bewohner*innen von Ballungsräumen besonders trifft.

Die Jugend Österreichs fordert:

- die Verankerung von Hitzeschutz in der Stadtplanung in Anlehnung an die Climate Resilient Cities, etwa durch flächendeckende Begrünung von Hausfassaden, sowie ein flächendeckendes Autoverbot in Städten,
- die flächendeckende Einrichtung von Hitzeschutzräumen in allen österreichischen Städten, in denen sich Menschen abkühlen und ausruhen sowie im Notfall medizinische Hilfe aufsuchen können,

Gesundheit

- gezielte Aufklärung von medizinischem Fachpersonal über die gesundheitlichen Folgen der Klimakatastrophe sowie über geeignete Gegenmaßnahmen,
- die konsequente Berücksichtigung von geografischen und sozialen Ungleichheiten im Gesundheitsbereich,
- die Abschaffung des Zwei-Klassen-Systems im Gesundheitswesen und stattdessen die gezielte Unterstützung von Menschen mit geringerem Einkommen.

Die Regierung muss anerkennen, dass unsere Gesundheit mit der Gesundheit unseres Planeten untrennbar verknüpft ist: Ihn zu schützen bedeutet, uns selbst zu schützen. Besonderer Fokus gilt dabei den städtischen Räumen Österreichs, die besonders stark unter Hitzebelastung leiden.

Armut & Ungleichheit

Soziale Ungleichheit verschärft die Klima- und Biodiversitätskrise und wird gleichzeitig durch sie verschärft. Gemäß dem World Inequality Report 2026 verursachen die reichsten 10 % der Weltbevölkerung nahezu die Hälfte der globalen CO_2-Emissionen. Eine gerechte Klimapolitik muss daher die ungleiche Verteilung von Verantwortung, Ressourcen und Handlungsmöglichkeiten berücksichtigen.

Der Eurosystem Household Finance and Consumption Survey legt die hohe Vermögenskonzentration in Österreich dar. Gleichzeitig führen steigende Lebenshaltungskosten, Wohnkosten und Unsicherheiten im Sozialbereich zu wachsenden Armutsängsten. Klimapolitik und soziale Gerechtigkeit dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden, sie sind wechselseitig voneinander abhängig.

Die Jugend Österreichs fordert:

- die Wiedereinführung einer progressiven Erbschafts- und Schenkungsbesteuerung für große Vermögen,
- die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens,
- die Einführung einer Finanztransaktionssteuer auf europäischer Ebene,
- die Beibehaltung und soziale Weiterentwicklung der CO_2-Bepreisung und des Klimabonus als zentrales Instrument für Emissionsreduktion und sozialen Ausgleich,
- die Verknüpfung von Finanz-, Budget- und Investitionspolitik mit verbindlichen Klima- und Nachhaltigkeitszielen,
- eine stärkere Besteuerung emissionsintensiven Luxus- und Überkonsums, während Grundbedürfnisse leistbar bleiben müssen,

Armut & Ungleichheit

- die konsequente Aufwertung von Sozial-, Gesundheits- und Care-Berufen durch bessere Arbeitsbedingungen und faire Bezahlung,
- gezielte Investitionen in benachteiligte Regionen und Gemeinden, die besonders von Armut oder sozialer Ausgrenzung betroffen sind,
- zusätzliche armutsausgleichende Mittel für Schulen, um echte Chancengleichheit in der Bildung zu ermöglichen,
- eine inklusive Integrations- und Staatsbürgerschaftspolitik, die gesellschaftliche Teilhabe stärkt statt erschwert,

Eine erfolgreiche sozial-ökologische Transformation gelingt nur, wenn sie Sicherheit, Teilhabe und Zukunftsperspektiven schafft. Klimapolitik muss daher konsequent mit Armutsbekämpfung, Geschlechtergerechtigkeit und sozialer Inklusion verbunden werden.

Bildung

Die COP31-Präsidentschaft setzt bewusst einen Schwerpunkt auf „Youth and Education“. Klimakompetenz ist eine Grundvoraussetzung für die Umsetzung des Pariser Klimaabkommens und muss daher systematisch in die nationale Bildungsstrategie integriert werden.

Klimakompetenz bedeutet mehr als die Vermittlung naturwissenschaftlicher Grundlagen. Junge Menschen müssen befähigt werden, wissenschaftliche Erkenntnisse einzuordnen, gesellschaftliche und wirtschaftliche Zusammenhänge zu verstehen, Desinformation zu erkennen und selbstwirksam an der sozial-ökologischen Transformation mitzuwirken.

Obwohl das österreichische Regierungsprogramm 2025–2029 wichtige Impulse in den Bereichen Demokratiebildung, Finanzbildung und Bildung für nachhaltige Entwicklung setzt, fehlt weiterhin eine verbindliche und flächendeckende Verankerung von Klima- und Umweltkompetenzen im regulären Unterricht. Der Zugang zu fundiertem Wissen über die Klima- und Biodiversitätskrise hängt daher noch immer stark vom Engagement einzelner Lehrkräfte ab.

Die Jugend Österreichs fordert:

- die verbindliche Einführung von Klima- und Umweltbildung als eigenständiges Unterrichtsfach in allen Schulstufen,
- die Integration von Klima-, Biodiversitäts- und Nachhaltigkeitsperspektiven in alle Studiengänge und Berufsausbildungen,
- die Stärkung von Green-Finance-Kompetenzen im Rahmen der im Regierungsprogramm geplanten Finanzbildungsstrategie,

Bildung

- die Ausweitung pflanzenbasierter und nachhaltiger Verpflegungsangebote an Schulen und Hochschulen sowie begleitende Bildungsangebote zu Ernährung und Umweltwirkungen,
- praxisorientierte Lernformate wie Exkursionen, Schulgärten, Feldarbeit und Kooperationen mit regionalen Betrieben,
- eine vereinfachte Teilnahme von Schüler*innen und Studierenden an Klima- und Umweltkonferenzen, etwa durch Schulfreistellungen und offizielle Teilnahmebestätigungen,
- gezielte Förderprogramme für Familien mit geringem Einkommen, um Klimakompetenz unabhängig von der sozialen Herkunft zu ermöglichen,
- verpflichtende Weiterbildungsangebote zu Klima- und Biodiversitätsthemen in Betrieben und öffentlichen Institutionen,
- die Nutzung vielfältiger Medienkanäle, insbesondere öffentlich-rechtlicher Medien, zur breiten Vermittlung von Klimakompetenz,
- die Förderung niedrigschwelliger Partizipationsformate wie Klimaclubs, Nachhaltigkeitsräte und Schüler*inneninitiativen.

Bildung ist kein Nebenschauplatz der Klimapolitik, sie ist ihre demokratische und gesellschaftliche Grundlage. Das kollektive Erlernen von Selbstwirksamkeit sollte daher hohe Priorität haben.

Empowerment

Unsere Demokratie lebt von politischer Teilhabe. Regierungsarbeit ist am wirkungsvollsten, wenn sie das Ergebnis bürger*innennaher Entscheidungsprozesse ist. Der Earth4All-Bericht macht deutlich, dass im Bereich des Klima- und Umweltschutzes grundlegende Paradigmenwechsel sowie eine tiefgreifende Umstrukturierung unseres Wirtschaftssystems und Konsumverhaltens notwendig sind. Dieses Vorhaben kann nur gemeinsam gelingen, wenn wir die Nachhaltigkeitswende als die Chance begreifen, die sie ist.

Viele Jugendliche empfinden angesichts der multiplen Krisen dieser Zeit ein Gefühl der Ohnmacht und Machtlosigkeit. Die Jugend Österreichs fordert die Regierung daher auf, die junge Generation zu ermächtigen und ihr durch entschlossene Politik eine grüne Zukunft zu ermöglichen.

Die Jugend Österreichs fordert:

- eine institutionalisierte, rechtlich verpflichtende Jugendbeteiligung in der Klimapolitik,
- einen gestärkten Jugend-Check der wirksam verhindert, dass Gesetze erlassen werden, die Kinderrechte ignorieren oder schwächen,
- ein umfassendes Verständnis von Kinderrechten im Einklang mit der UN-Kinderrechtskonvention sowie der Allgemeinen Bemerkung Nr. 26 zu den „Kinderrechten und der Umwelt mit besonderem Fokus auf den Klimawandel“ des UN-Kinderrechtsausschusses, die betont, dass Klimaschutz eine notwendige Voraussetzung für den Schutz der Kinderrechte ist,

Empowerment

- im Rahmen der Demokratiebildung als verpflichtendes Unterrichtsfach in der Sekundarstufe 1 Themen der Umwelt- und Sozialbildung (bspw. Geschlechtergerechtigkeit, Teilhabe marginalisierter Gruppen, Umweltbewusstsein) systematisch zu integrieren,
- öffentliche, niederschwellige Safe Spaces für den Austausch und das Miteinander von Kindern und Jugendlichen.

Empowerment gelingt nur, wenn sozial benachteiligte Mitmenschen von der Politik geschützt, gefördert und aktiv mitgedacht werden. Über die Fragen, die uns die Klimakatastrophe aufzwingt, dürfen wir nur gemeinsam entscheiden. Dies zu ermöglichen ist eine der zentralen Aufgaben Ihrer Legislaturperiode.

Schlusswort

Die Klima- und Biodiversitätskrise ist keine ferne Zukunftsfrage, sie bestimmt bereits heute, wie wir aufwachsen, lernen, arbeiten und leben. Bildung, Gesundheit, Landwirtschaft, Wasser, Energie, Mobilität, Biodiversität und soziale Gerechtigkeit sind dabei keine getrennten Baustellen, sondern Teile ein und derselben Aufgabe: einer sozial-ökologischen Transformation, die niemanden zurücklässt.

Wir, die Jugend Österreichs, haben unsere Forderungen mit Sachverstand, Weitblick und Verantwortungsbewusstsein formuliert. Jetzt liegt es an Ihnen. Jede weitere Verzögerung verschärft die Krise und verkleinert das Zeitfenster für eine gerechte, lebenswerte Zukunft. Wir werden diese Entwicklung aufmerksam verfolgen, unsere Rechte einfordern und Sie an Ihrer Verantwortung messen.

Die Zeit für halbe Maßnahmen ist vorbei. Handeln Sie jetzt für uns, mit uns und für alle Generationen, die nach uns kommen.

Quellenverzeichnis

Bundeskanzleramt Österreich. (o. D.). Jugend-Check. https://www.bundeskanzleramt.gv.at/agenda/jugend/jugendpolitik/jugend-check.html

Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Klima- und Umweltschutz, Regionen und Wasserwirtschaft. (2025). Die Zukunft unserer Gewässer: Wichtige Wasserbewirtschaftungsfragen 2025. https://www.bmluk.gv.at/themen/wasser/wisa/ngp/wasserbewirtschaftungsfragen-2025/wasserbewirtschaftungsfragen2025.html

Bundesregierung Österreich. (2025). Regierungsprogramm 2025–2029: Für Österreich. Mit Verantwortung. Mit Zuversicht. Mit Entschlossenheit. https://www.bundeskanzleramt.gv.at/bundeskanzleramt/die-bundesregierung/regierungsprogramm.html

Chancel, L., Gómez-Carrera, R., Moshrif, R., & Piketty, T. (Hrsg.). (2026). World Inequality Report 2026. World Inequality Lab. https://wir2026.wid.world/
Climate Change Centre Austria. (2025). Zweiter Österreichischer Sachstandsbericht zum Klimawandel (AAR2). https://ccca.ac.at/wissenstransfer/apcc/aar2

COP31 Türkiye. (2026). COP31 Türkiye. https://cop31.tr/

Quellenverzeichnis

Fellinger, S., Gaube, V., Gumpinger, C., Haring, E., Hein, T., Hornek-Gausterer, R., Hutter, H.-P., Lauk, C., Lemmerer, K., Lettner, C., Liebmann-Holzmann, J., Petermann, J., & Weber, N. (2025). Multiple Krisen – Gemeinsame Lösungen: Das IPBES Nexus Assessment für Österreich: Handlungsoptionen, um den ökologischen Herausforderungen und ihren Auswirkungen auf unsere Lebensgrundlagen zu begegnen. Biodiversity Austria – International. https://doi.org/10.5281/zenodo.17638656

Fessler, P., Riedl, A., & Schürz, M. (2025). Eurosystem Household Finance and Consumption Survey 2023: First results for Austria (OeNB Report 2025/21). Oesterreichische Nationalbank. https://www.oenb.at/Publikationen/Volkswirtschaft/reports/2025/report-2025-21.html

Germanwatch, NewClimate Institute, & Climate Action Network International. (2026). Climate Change Performance Index 2026. https://ccpi.org/

Hoffmann, M., Spittler, N., Aigner, E., Körner, D., & Hinterberger, F. (Hrsg.). (2024). Earth4All: Austria. Earth4All. https://earth4all.life/wp-content/uploads/2024/07/Earth4All-Austria.pdf

Organisation for Economic Co-operation and Development. (2026). OECD-Umweltprüfberichte: Österreich 2026 (gekürzte Fassung). OECD Publishing. https://doi.org/10.1787/7c1f5d7d-de

Preiner, S. (2018). Danube Floodplain Lobau. In S. Schmutz & J. Sendzimir (Hrsg.), Riverine ecosystem management (Aquatic Ecology Series, Vol. 8). Springer. https://doi.org/10.1007/978-3-319-73250-3_25

Quellenverzeichnis

Umweltbundesamt. (2026). Klimaschutzbericht 2026 (REP-1042). Umweltbundesamt GmbH. https://www.umweltbundesamt.at/fileadmin/site/publikationen/rep1042.pdf

United Nations Committee on the Rights of the Child. (2023). General comment No. 26 (2023) on children's rights and the environment, with a special focus on climate change (CRC/C/GC/26). United Nations. https://www.ohchr.org/en/documents/general-comments-and-recommendations/general-comment-no-26-2023-childrens-rights

WWF Österreich. (2025). Biodiversität in Österreich: WWF-Statusbericht. https://www.wwf.at/wp-content/uploads/2025/05/Biodiversitaet-in-Oesterreich-WWF-Statusbericht-2025.pdf

WWF Österreich. (2026). Klimaschutz-Monitor 2026. WWF Österreich.

Fotocredits: @lina rummler